

**Art. 63.** Le ministre flamand compétent pour les transports en commun, le ministre flamand compétent pour la politique générale de mobilité et le ministre flamand compétent pour la mobilité et le transport routiers sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 19 juillet 2024.

Le ministre-président du Gouvernement flamand,

J. JAMBON

La ministre flamande de la Mobilité et des Travaux publics,

L. PEETERS

## DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/203481]

### 21. DEZEMBER 2023 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 2 § 1 Nummern 2 und 6, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 2 § 2 Absatz 1 und Artikel 2 § 5, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007;

Aufgrund des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung, Artikel 15 § 2 Absatz 2;

Aufgrund des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende;

Aufgrund der Anfrage einer gleichlautenden Stellungnahme des föderalen Ministerrates vom 19. Oktober 2023;

In Erwägung der fehlenden Abgabe dieser Stellungnahme;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 19. Oktober 2023;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 18. Oktober 2023;

Aufgrund des in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 eingereichten Antrags auf Begutachtung beim Staatsrat innerhalb einer Frist von dreißig Tagen;

In Erwägung, dass der Antrag auf Begutachtung am 30. Oktober 2023 unter der Nummer 74.805/4 in die Liste der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates eingetragen wurde;

Aufgrund der Entscheidung der Gesetzgebungsabteilung vom 30. Oktober 2023, in Anwendung von Artikel 84 § 5 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 kein Gutachten abzugeben;

In Erwägung des Dekrets vom 13. November 2023 zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" und zur Auflösung der entsprechenden Einrichtung öffentlichen Interesses;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 26. September 2023;

Auf Vorschlag des für Beschäftigung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

"4. Arbeitsuchender: der Arbeitsuchende gemäß Artikel 3 Nummer 5 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;"

2. Nummer 6 wird aufgehoben;

3. Nummer 10 wird wie folgt ersetzt:

"10. entschädigter Vollarbeitsloser: folgende Personen, die die Bedingungen zum Erhalt einer Arbeitslosenunterstützung im Sinne von Artikel 27 Nr. 4 des Erlasses vom 25. November 1991 erfüllen:

a) die Person, die keiner Beschäftigung nachgeht;

b) der unfreiwillige Teilzeitarbeitnehmer im Sinne von Artikel 29 des Erlasses vom 25. November 1991;"

4. Nummer 16 wird wie folgt ersetzt:

"16. unbeschäftigter Arbeitsuchender: der Nutzer der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung gemäß Artikel 10 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;"

5. Nummer 18 wird wie folgt ersetzt:

"18. Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung: die Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung gemäß Artikel 3 Nummer 1 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;"

6. Folgende Nummer 20 wird eingefügt:

"20. Vermittlungsdienst: folgende Behörden:

a) die gemäß Artikel 22 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung anerkannten Vermittlungsdienste;

b) das Arbeitsamt;

c) die Dienststelle.“

**Art. 2** - In Artikel 2 Absatz 3 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020, wird die Wortfolge "um eine individuelle Berufsausbildung in einer Bildungseinrichtung, die vom Arbeitsamt anerkannt ist," durch die Wortfolge "um eine vom Minister anerkannte individuelle Berufsausbildung in einer Bildungseinrichtung" ersetzt.

**Art. 3** - Artikel 3 § 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz von Absatz 2 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;

2. in Absatz 3 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt;

3. in Absatz 4 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt.

**Art. 4** - Artikel 4 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Vollarbeitslose, die im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung gemäß Artikel 10 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung begleitet werden, können vom Minister zu einer gemäß Artikel 3 vom Minister anerkannten oder vom Arbeitsamt organisierten Berufsausbildung zugelassen werden."

2. in § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Vermittlungsdienst" ersetzt und zwischen das Wort "oder" und die Wortfolge "anerkannten Berufsausbildung" die Wortfolge "vom Minister" eingefügt;

3. in § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge "beim Arbeitsamt" durch die Wortfolge "beim Vermittlungsdienst" ersetzt und die Wortfolge "des Arbeitsamtes" durch die Wortfolge "des Vermittlungsdienstes" ersetzt;

4. § 1 Absatz 3 Nummer 1 wird aufgehoben;

5. in § 1 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"Wird der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet, übermittelt dieser Vermittlungsdienst den in Absatz 3 erwähnten Antrag dem Arbeitsamt."

6. in § 1 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

"Der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose übermittelt dem Arbeitsamt innerhalb einer Frist von einem Monat nach Beginn der Berufsausbildung die folgenden Dokumente, insofern diese Informationen nicht aus dem in Absatz 3 erwähnten Antrag hervorgehen:

1. den Stundenplan der Berufsausbildung;

2. eine Übersicht der Ferienzeiträume, die während der in Artikel 10 Absatz 1 erwähnten Dauer des Berufsausbildungsvertrages vorgesehen sind."

7. folgender § 4 wird eingefügt:

"§ 4 - Die Zulassung zu einem Praktikum gemäß Artikel 35 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung wird für die Anwendung des vorliegenden Erlasses einer Zulassung zur Berufsausbildung gleichgesetzt."

**Art. 5** - Artikel 5 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt;

2. in Absatz 2 wird die Wortfolge "des Arbeitsamtes" gestrichen;

3. in Absatz 2 wird folgende Nummer 8 eingefügt:

"8. Ausbildungsverträge, die durch einen Ausbildungsträger im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme im Sinne von Artikel 27 abgeschlossen werden."

**Art. 6** - Im einleitenden Satz von Artikel 6 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020, wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt und das Wort "es" durch das Wort "er" ersetzt.

**Art. 7** - Artikel 7 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz von § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;

2. § 1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Die Bewertung der in Absatz 1 Nummern 2 und 3 aufgeführten Bedingungen wird durch den Vermittlungsdienst vorgenommen. Hierzu berücksichtigt der Vermittlungsdienst die Fähigkeit, die berufliche Vergangenheit und die persönliche Situation des Antragsstellers. Der Antragssteller kann einem medizinischen, psychologischen sowie Berufseignungstest unterzogen werden."

3. in § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "Unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Vollarbeitslose" durch das Wort "Arbeitsuchende" ersetzt und das Wort "Arbeitsamt" durch das Wort "Minister" ersetzt;

4. in § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt;

5. in § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt.

**Art. 8** - Artikel 8 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen "Beginn der Berufsausbildung" und "abgeschlossen wird" die Wortfolge "zwischen dem Minister, dem Kursteilnehmer und gegebenenfalls dem Ausbildungsträger" eingefügt;

2. in Absatz 2 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt.

**Art. 9** - In Artikel 9 desselben Erlasses werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

"Beinhaltet die Berufsausbildung einen praktischen Teil im Unternehmen, werden folgende Angaben festgehalten:

1. Identität des Kursteilnehmers;
2. das Datum des Beginns und des Endes des praktischen Teils im Unternehmen;
3. Name, Adresse, Rechtsform und Kontaktperson des Betriebs;
4. genaue Angaben zu der Anzahl der Arbeitstage und -stunden pro Woche;
5. eine Beschreibung der Funktion, die der Kursteilnehmer ausüben wird, sowie die Angabe, ob es sich um eine Tätigkeit als Arbeiter oder Angestellter handelt.

Das Arbeitsamt weist das Unternehmen darauf hin, dass es den Verpflichtungen, die sich aufgrund der in Absatz 2 Nummer 5 erwähnten Funktion in Anwendung des Gesetzbuches über das Wohlbefinden bei der Arbeit bezüglich der Gesundheitsüberwachung des Praktikanten ergeben, nachkommen muss. Das Arbeitsamt kann Informationen bezüglich der Erfüllung dieser Verpflichtungen beim Unternehmen anfragen."

**Art. 10** - Artikel 10 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 2 wird zwischen die Wortfolge "zwölfmonatigen Zeitraums" und die Wortfolge "um einen" die Wortfolge "durch den Minister" eingefügt;

2. in Absatz 2 Nummer 2 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Vermittlungsdienst" ersetzt;

3. in Absatz 2 Nummer 3 wird die Wortfolge "des Arbeitsamtes" durch die Wortfolge "des Vermittlungsdienstes" ersetzt;

4. in Absatz 3 wird die Angabe "14 ECTS" durch die Angabe "20 ECTS" und die Angabe "27 ECTS" durch die Angabe "40 ECTS" ersetzt;

5. folgender Absatz 4 wird eingefügt:

"Der Minister kann den Berufsausbildungsvertrag bei Ablauf eines zwölfmonatigen Zeitraums aufgrund der Fähigkeit, der beruflichen Vergangenheit und der persönlichen Situation des unbeschäftigten Arbeitssuchenden bzw. des entschädigten Vollarbeitslosen um einen weiteren zwölfmonatigen Zeitraum verlängern, auch wenn er das Berufsausbildungsjahr gemäß Absatz 2 Nummer 4 nicht besteht."

6. folgender Absatz 5 wird eingefügt:

"Der unbeschäftigte Arbeitssuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose übermittelt dem Arbeitsamt innerhalb einer Frist von einem Monat nach Beginn der in Absatz 2 erwähnten Verlängerung des Berufsausbildungsvertrages die in Artikel 4 Absatz 5 erwähnten Dokumente."

**Art. 11** - Artikel 11 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen "dem Arbeitsamt" und "jede Änderung" die Wortfolge "und, insofern sie nicht vom Arbeitsamt begleitet werden, dem Vermittlungsdienst, der sie begleitet," eingefügt;

2. in Absatz 2 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt und folgender Satz eingefügt:

"Wird der unbeschäftigte Arbeitssuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet, informiert das Arbeitsamt diesen Vermittlungsdienst über die vorzeitige Beendigung der Berufsausbildung."

3. in Absatz 3 wird zwischen die Wortfolgen "entschädigte Vollarbeitslose" und "aufgrund der" die Wortfolge "aufgrund falscher Angaben oder" eingefügt.

**Art. 12** - Artikel 12 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Wenn der Kursteilnehmer wegen Krankheit, eines Unfalls oder höherer Gewalt nicht an der Ausbildung teilnehmen kann, teilt er dem Ausbildungsträger und dem Arbeitsamt dies schnellstmöglich mit. Bei Krankheit oder Unfall rechtfertigt er seine Unfähigkeit durch ein ärztliches Attest, das beim Arbeitsamt eingereicht wird. Wenn die Unterbrechung der Berufsausbildung den Zeitraum von zwei Wochen überschreitet, wird der Vertrag ausgesetzt."

2. in Absatz 3 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt;

3. folgender Absatz 4 wird eingefügt:

"Eine vorzeitige Beendigung des Berufsausbildungsvertrages durch den Minister kann in diesem Fall nur erfolgen, wenn er dem Kursteilnehmer vorher ein Beratungsgespräch angeboten hat. Ziel dieses Gespräches ist es, die Möglichkeit der Fortsetzung der Berufsausbildung zu erörtern und gegebenenfalls die möglichen Alternativen aufzuzeigen. Wenn der Kursteilnehmer von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet wird, wird dieser Vermittlungsdienst zu dem Beratungsgespräch eingeladen. Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Berufsausbildungsvertrages informiert das Arbeitsamt diesen Vermittlungsdienst."

**Art. 13** - Artikel 13 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt;

2. Nummer 2 wird aufgehoben;

3. folgender Absatz 2 wird eingefügt:

"Wird der unbeschäftigte Arbeitssuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet, informiert das Arbeitsamt diesen Vermittlungsdienst über die vorzeitige Beendigung der Berufsausbildung."

**Art. 14** - Artikel 14 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. die Wortfolge "Das Arbeitsamt" wird durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;

2. folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„Eine vorzeitige Beendigung des Berufsausbildungsvertrages durch den Minister kann in diesem Fall nur erfolgen, wenn er dem Kursteilnehmer vorher ein Beratungsgespräch angeboten hat. Ziel dieses Gespräches ist es, die Möglichkeit der Fortsetzung der Berufsausbildung zu erörtern und gegebenenfalls die möglichen Alternativen aufzuzeigen. Wenn der Kursteilnehmer von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet wird, wird dieser Vermittlungsdienst zu dem Beratungsgespräch eingeladen. Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Berufsausbildungsvertrages informiert das Arbeitsamt diesen Vermittlungsdienst.“

**Art. 15** - Artikel 15 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Das Arbeitsamt“ durch die Wortfolge „Der Minister“ ersetzt und der Betrag „150 Euro“ durch den Betrag „300 Euro“ ersetzt;

2. § 4 Absätze 1 bis 3 werden aufgehoben;

3. in § 4 Absatz 4 wird die Wortfolge „Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme“ durch das Wort „Berufsausbildung“ ersetzt.

**Art. 16** - Artikel 16 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. die Absätze 1 bis 4 werden zu § 1 Absätze 1 bis 4;

2. in § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge „das Arbeitsamt“ durch die Wortfolge „der Minister“, das Wort „es“ durch das Wort „er“ und das Wort „unbeschäftigtem“ durch das Wort „unbeschäftigten“ ersetzt;

3. in § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge „Das Arbeitsamt“ durch die Wortfolge „Der Minister“ ersetzt;

4. folgender § 2 wird eingefügt:

„ § 2 - Unbeschadet § 1 gewährt der Minister dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden bzw. dem entschädigten Vollarbeitslosen, der nicht zu den in Abschnitt 2 definierten Berechtigten gehört, die in § 1 erwähnte Fahrtkostenentschädigung, insofern:

1. die übrigen in § 1 erwähnten Bedingungen erfüllt sind;

2. die in Artikel 18 Absatz 1 Nummern 1 und 2 erwähnten Bedingungen erfüllt sind;

3. er gemäß Artikel 37 § 19 des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung entweder selbst oder über ein Mitglied desselben Haushalts Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung hat.

Der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose reicht den entsprechenden Nachweis über das Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung vor Beginn der Berufsausbildung beim Arbeitsamt ein. Liegt der Nachweis vor Beginn der Berufsausbildung vor und reicht der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose diesen erst nach Beginn der Berufsausbildung ein, kann er die Fahrtkostenentschädigung erst ab dem ersten Tag des Monats nach demjenigen, in dem der Nachweis eingereicht wurde, erhalten.

Liegt der Nachweis zu Beginn der Berufsausbildung noch nicht vor und wird innerhalb von 20 Werktagen ab dem Beginn der Berufsausbildung durch den unbeschäftigten Arbeitsuchenden bzw. den entschädigten Vollarbeitslosen oder ein Mitglied desselben Haushalts beantragt, gewährt der Minister nach dem Erhalt des Nachweises die Fahrtkostenentschädigung rückwirkend ab dem Beginn der Berufsausbildung. Wird der Nachweis nicht innerhalb von 20 Werktagen ab dem Beginn der Berufsausbildung beantragt, kann der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose die Fahrtkostenentschädigung erst ab dem ersten Tag des Monats nach demjenigen, in dem der Nachweis eingereicht wurde, erhalten.“

5. folgender § 3 wird eingefügt:

„ § 3 - Das Arbeitsamt stellt dem Kursteilnehmer, dem der Minister gemäß Artikel 6 Nummer 1 eine Fahrtkostenentschädigung gewährt hat, ein Formular zur Verfügung, das folgende Elemente umfasst:

1. Identität des Kursteilnehmers;

2. Wohnort des Kursteilnehmers;

3. Adresse des Ortes, an dem die Berufsausbildung stattfindet;

4. Anzahl Fahrten gemäß § 1 im jeweiligen Monat.

Auf diesem Formular gibt der Kursteilnehmer eine ehrenwörtliche Erklärung zur Richtigkeit der Angaben ab.

Der Kursteilnehmer reicht dieses Formular monatlich beim Arbeitsamt ein. Die Einreichung des Formulars erfolgt vor dem fünften Tag des Monats, der dem Monat folgt, auf den sich die Fahrten beziehen.

Reicht der Kursteilnehmer ein Formular nicht bis zum letzten Tag des dritten Monats, der dem Monat folgt, auf den sich die Fahrten beziehen, beim Arbeitsamt ein, können die darauf angegebenen Fahrten nicht für die in § 1 erwähnte Fahrtkostenentschädigung berücksichtigt werden.“

**Art. 17** - Artikel 17 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 17 - *Gewährungszeitraum*

Die Prämie wird für die in Artikel 10 Absatz 1 erwähnte Dauer des Berufsausbildungsvertrags gewährt, mit Ausnahme:

1. der Ferienzeiträume, die zwei Wochen überschreiten;

2. der Zeiträume, in denen der Vertrag gemäß Artikel 12 ausgesetzt wird;

3. der Zeiträume, in denen der Kursteilnehmer unentschuldigt abwesend ist.

Im Falle einer unentschuldigten Abwesenheit informiert der Ausbildungsträger unmittelbar das Arbeitsamt.

Als entschuldigte Abwesenheiten des Kursteilnehmers gelten insbesondere die folgenden Situationen und Ereignisse:

1. familiäre Ereignisse;

2. die Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten oder ziviler Aufträge;

3. das Erscheinen vor Gericht;



4. der Urlaub aus zwingenden Gründen;
5. die gesetzlich vorgesehenen Arbeitsunterbrechungen bezüglich des Mutterschutzes;
6. die Beantwortung eines Stellenangebotes durch den Kursteilnehmer.

Die in Absatz 3 erwähnten Abwesenheiten werden durch den Kursteilnehmer begründet und dem Ausbildungsträger schnellstmöglich mitgeteilt.

Unbeschadet Artikel 16 wird die Fahrtkostenentschädigung für die in Artikel 10 Absatz 1 erwähnte Dauer des Berufsausbildungsvertrags gewährt.

Die in den Absätzen 1 und 5 vorgesehene Gewährung kann unter den in Artikel 10 Absatz 2 vorgesehenen Bedingungen verlängert werden."

**Art. 18** - Artikel 18 Absatz 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;
2. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1. und während der Berufsausbildung nicht bereits für dieselbe Berufsausbildung eine Ausbildungsentschädigung, ein Berufseinkommen, eine Studienbörse oder ein zinsloses Darlehen gemäß dem Dekret vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen erhalten;"

**Art. 19** - Artikel 19 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;
2. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. und während der Berufsausbildung nicht bereits für dieselbe Berufsausbildung eine Ausbildungsentschädigung, ein Berufseinkommen, eine Studienbörse oder ein zinsloses Darlehen gemäß dem Dekret vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen erhalten;"

**Art. 20** - Artikel 20 Absatz 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;
2. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. nicht bereits für dieselbe Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme eine Ausbildungsentschädigung, ein Berufseinkommen, eine Studienbörse oder ein zinsloses Darlehen gemäß dem Dekret vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen erhalten."

**Art. 21** - In Artikel 20.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020, wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt.

**Art. 22** - Artikel 21 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" und das Wort "es" durch das Wort "er" ersetzt;
2. die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben;
3. im einleitenden Satz von Absatz 4, der zu Absatz 2 wird, wird die Wortfolge "den Absätzen 1-3" durch die Wortfolge "Absatz 1" ersetzt und die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt;
4. in Absatz 4, der zu Absatz 2 wird, wird der Wortlaut "Artikel 33" durch den Wortlaut "Artikel 33 § 2" ersetzt;
5. in Absatz 4, der zu Absatz 2 wird, wird folgende Nummer 8 eingefügt:

"8. Qualifizierungsmaßnahmen im Sinne von Artikel 27, für die der Ausbildungsvertrag in Anwendung von Artikel 5 Absatz 2 dem Berufsausbildungsvertrag des Arbeitsamtes gleichgestellt wird."

6. in Absatz 5, der zu Absatz 3 wird, wird die Wortfolge "der Absätze 1-4" durch die Wortfolge "der Absätze 1 bis 2" ersetzt und die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt.

**Art. 23** - In Artikel 22 Absatz 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt.

**Art. 24** - Artikel 23 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *b*) wird die Angabe "27 ECTS" durch die Angabe "40 ECTS" und die Angabe "14 ECTS" durch die Angabe "20 ECTS" ersetzt;
2. in § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird zwischen die Wortfolgen "die Berufsausbildung" und "hauptsächlich von" die Wortfolge ", mit Ausnahme der Vollzeitstudien gemäß Artikel 28," eingefügt;
3. in § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;
4. in § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;
5. in § 1 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"Erfüllt der unbeschäftigte Arbeitsuchende zu Beginn der Berufsausbildung noch nicht die Bedingungen zum Erhalt einer Arbeitslosenunterstützung im Sinne von Artikel 27 Nummer 4 des Erlasses vom 25. November 1991, kann der Minister den unbeschäftigten Arbeitsuchenden ab dem Moment freistellen, zu dem er diese Bedingungen erfüllt, insofern er die übrigen Bedingungen des vorliegenden Kapitels zu Beginn der Berufsausbildung erfüllt."

6. in § 2 wird das Wort "Arbeitsamtes" durch das Wort "Ministers" ersetzt.

**Art. 25** - Artikel 24 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;

2. in Absatz 2 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt.

**Art. 26** - In Artikel 26 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020, wird das Wort "Arbeitsamt" durch das Wort "Minister" ersetzt.

**Art. 27** - In Artikel 27 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020, wird zwischen die Wortfolge "organisierte oder" und die Wortfolge "anerkannte Qualifizierungsmaßnahme" die Wortfolge "vom Minister" eingefügt.

**Art. 28** - Artikel 28 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 1 Absatz 2 Nummer 2 wird die Angabe "27 ECTS" durch die Angabe "40 ECTS" und die Angabe "14 ECTS" durch die Angabe "20 ECTS" ersetzt;

2. in § 3 Absatz 1 wird Nummer 5 wie folgt ersetzt:

"5. der entschädigte Vollarbeitslose während der letzten zwei Jahre vor Beginn der Freistellung mindestens 3 Monate, d.h. mindestens 78 Tage als unbeschäftigter Arbeitsuchender beim Arbeitsamt oder einem Vermittlungsdienst eines anderen Teilstaats eingetragen war."

3. in § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;

4. in § 3 Absatz 3 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;

5. in § 3 Absatz 4 wird die Wortfolge "auf Vorschlag des Arbeitsamtes" gestrichen und die Wortfolge "im Sinne von Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben a) und c)" gestrichen.

**Art. 29** - In Artikel 29 Absatz 3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 27. August 2020, wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt.

**Art. 30** - Artikel 30 Nummer 3 desselben Erlasses wird aufgehoben.

**Art. 31** - Artikel 32 Absatz 2 desselben Erlasses wird aufgehoben.

**Art. 32** - Artikel 33 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt ersetzt:

*"Art. 33 - Betriebliches Praktikum"*

§ 1 - Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um ein Praktikum gemäß Kapitel 5 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung handelt.

§ 2 - Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um ein betriebliches Praktikum im Ausland handelt.

Als Praktikum im Sinne von Absatz 1 gilt jede zeitlich begrenzte Tätigkeit, während der der Arbeitgeber dem Praktikanten auf dem Arbeitsplatz berufsrelevante Kenntnisse in praktischer Anwendung vermittelt.

Die Freistellung wird gewährt, wenn:

1. die in Artikel 7 festgelegten Bedingungen erfüllt sind;
2. die Praktikumsdauer 3 Monate pro Kalenderjahr nicht überschreitet;
3. ein Praktikumsvertrag abgeschlossen wurde;
4. ein Ausbildungsprogramm besteht;
5. das Praktikum von einem Praktikumsbegleiter begleitet wird;
6. die monatliche Ausbildungsentschädigung 1.350 Euro nicht überschreitet;
7. der Arbeitgeber den Praktikanten gegen Unfälle während des Praktikums und auf dem Weg vom und zum Praktikumsort versichert.

Der Minister kann den in Absatz 3 Nummer 6 erwähnten Betrag abändern."

**Art. 33** - Im einleitenden Satz von Artikel 36 desselben Erlasses wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt.

**Art. 34** - Artikel 37 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird das Wort "Arbeitsamt" durch das Wort "Minister" ersetzt;

2. in Absatz 4 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" jeweils durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt;

3. in Absatz 5 wird die Wortfolge "auf Vorschlag des Arbeitsamtes" gestrichen.

**Art. 35** - In Artikel 39 Absatz 2 desselben Erlasses wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt.

**Art. 36** - Im einleitenden Satz von Artikel 42 desselben Erlasses wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt.

**Art. 37** - Artikel 44 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird das Wort "Arbeitsamt" durch das Wort "Minister" ersetzt;

2. in Absatz 4 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" jeweils durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt;

3. in Absatz 5 wird die Wortfolge "auf Vorschlag des Arbeitsamtes" gestrichen.

**Art. 38** - Artikel 50 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in § 1 wird die Wortfolge "das Arbeitsamt" jeweils durch die Wortfolge "der Minister" ersetzt;

2. in § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Das Arbeitsamt" durch die Wortfolge "Der Minister" ersetzt;

3. § 2 Absatz 2 wird aufgehoben;

4. in § 3 wird das Wort "unbeschäftigtem" durch das Wort "unbeschäftigten" ersetzt, das Wort "seine" durch das Wort "die" ersetzt und zwischen die Wortfolge "1 und 2" und das Wort "gefasste" die Wortfolge "vom Minister" eingefügt;

5. in § 3 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

“Wird der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet, informiert das Arbeitsamt diesen Vermittlungsdienst über die vorzeitige Beendigung der Berufsausbildung.”

6. folgender § 4 wird eingefügt:

“§ 4 - Für Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung berücksichtigt das Arbeitsamt die in den § 1 und 2 erwähnten Situationen für die Anwendung der in Kapitel 6 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung festgehaltenen Kontrolle der Suchbemühungen.”

**Art. 39** - In Kapitel 7 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird folgender Artikel 57.2 eingefügt:

*“Art. 57.2 - Übergangsbestimmung*

Alle Zulassungen zur Berufsausbildung, Prämien, Fahrtkostenentschädigungen und Freistellungen, die unbeschäftigten Arbeitsuchenden und entschädigten Vollarbeitslosen, die nicht im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung gemäß Artikel 10 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung begleitet werden, bis zum 31. Dezember 2023 gewährt wurden, behalten ihre Gültigkeit bis zum Ende der jeweiligen Berufsausbildung.”

**Art. 40** - In Kapitel 7 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird folgender Artikel 57.3 eingefügt:

*“Art. 57.3 - Übergangsbestimmung*

Alle Freistellungen, die entschädigten Vollarbeitslosen für das Folgen eines Orientierungspraktikums im Sinne des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum bis zum 31. Dezember 2023 gewährt wurden, behalten ihre Gültigkeit bis zum Ende des jeweiligen Orientierungspraktikums.”

**Art. 41** - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2024 in Kraft, mit Ausnahme von

1. Artikel 1 Nummer 3, der mit Wirkung vom 31. Dezember 2018 in Kraft tritt;

2. Artikel 10 Nummer 5 und die Artikel 18 bis 20, die mit Wirkung vom 1. September 2023 in Kraft treten.

**Art. 42** - Der für Beschäftigung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 21. Dezember 2023

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/203481]

**21 DECEMBRE 2023. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, l'article 2, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup> et 6<sup>o</sup>, modifiés par le décret du 25 avril 2016, l'article 2, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, et l'article 2, § 5, modifié par le décret du 25 juin 2007;

Vu le décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, l'article 15, § 2, alinéa 2;

Vu le décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi;

Vu la demande d'avis conforme auprès du Conseil fédéral des ministres, émise le 19 octobre 2023;

Considérant l'absence de communication dudit avis;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 19 octobre 2023;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 18 octobre 2023;

Vu la demande d'avis au Conseil d'État dans un délai de trente jours, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que la demande d'avis a été inscrite le 30 octobre 2023 au rôle de la section de législation du Conseil d'État sous le numéro 74.805/4;

Vu la décision de la section de législation du 30 octobre 2023 de ne pas donner d'avis dans le délai demandé, en application de l'article 84, § 5, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant le décret du 13 novembre 2023 instaurant un service à gestion séparée « Office de l'emploi de la Communauté germanophone » et portant dissolution de l'organisme d'intérêt public correspondant;

Considérant l'avis rendu le 26 septembre 2023 par le Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** À l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le 4<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 4<sup>o</sup> demandeur d'emploi : le demandeur d'emploi au sens de l'article 3, 5<sup>o</sup>, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins; »

2<sup>o</sup> le 6<sup>o</sup> est abrogé;

3<sup>o</sup> le 10<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 10<sup>o</sup> chômeur complet indemnisé : les personnes mentionnées ci-après qui remplissent les conditions pour pouvoir bénéficier de prestations de chômage au sens de l'article 27, 4<sup>o</sup>, de l'arrêté du 25 novembre 1991 :

a) la personne qui n'est pas occupée;

b) le travailleur à temps partiel involontaire au sens de l'article 29 de l'arrêté du 25 novembre 1991; »

4<sup>o</sup> le 16<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 16<sup>o</sup> demandeur d'emploi inoccupé : l'utilisateur du placement axé sur les besoins conformément à l'article 10 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins; »

5<sup>o</sup> le 18<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 18<sup>o</sup> demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage : les demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage au sens de l'article 3, 1<sup>o</sup>, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins; »

6<sup>o</sup> l'article est complété par un 20<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 20<sup>o</sup> service de placement : les autorités suivantes :

a) les services de placement agréés conformément à l'article 22 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins;

b) l'Office de l'emploi;

c) l'Office pour une vie autodéterminée. »

**Art. 2.** Dans l'article 2, alinéa 3, du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020, les mots « ou en une formation professionnelle suivie dans un institut de formation agréé par l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « ou en une formation professionnelle individuelle suivie dans un institut de formation et agréée par le ministre ».

**Art. 3.** Dans l'article 3, § 1<sup>er</sup>, du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans la phrase introductive de l'alinéa 2, les mots « L'Office de l'emploi agréé » sont remplacés par les mots « Le ministre agréé »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 3, les mots « L'Office de l'emploi agréé » sont remplacés par les mots « Le ministre agréé »;

3<sup>o</sup> dans l'alinéa 4, les mots « l'Office de l'Emploi statue » sont remplacés par les mots « le ministre statue ».

**Art. 4.** À l'article 4 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés qui sont accompagnés dans le cadre du placement axé sur les besoins conformément à l'article 10 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins peuvent être admis par le ministre à une formation professionnelle agréée par le ministre conformément à l'article 3 ou organisée par l'Office de l'emploi. »;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, les mots « L'Office de l'emploi peut » sont remplacés par les mots « Le service de placement peut », et les mots « organisée ou agréée par lui » sont remplacés par les mots « organisée par l'Office de l'emploi ou agréée par le ministre »;

3<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, les mots « auprès de l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « auprès du service de placement », et les mots « dudit Office » sont remplacés par les mots « dudit service de placement »;

4<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, le 1<sup>o</sup> est abrogé;

5<sup>o</sup> le § 1<sup>er</sup> est complété par un alinéa 4 rédigé comme suit :

« Si le demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, le chômeur complet indemnisé est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, ledit service de placement transmet à l'Office de l'emploi la demande mentionnée à l'alinéa 3. »;

6<sup>o</sup> le § 1<sup>er</sup> est complété par un alinéa 5 rédigé comme suit :

« Le demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, le chômeur complet indemnisé transmet à l'Office de l'emploi dans un délai d'un mois suivant le début de la formation professionnelle les documents mentionnés ci-après, dans la mesure où ces informations ne ressortent pas de la demande mentionnée à l'alinéa 3 :

1<sup>o</sup> la grille-horaire de la formation professionnelle;

2<sup>o</sup> un aperçu des périodes de vacances qui sont prévues pendant la durée du contrat de formation professionnelle mentionnée à l'article 10, alinéa 1<sup>er</sup>. »;

7<sup>o</sup> l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - L'admission à un stage conformément à l'article 35 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins est assimilée à une admission à une formation professionnelle pour l'application du présent arrêté. »



**Art. 5.** À l'article 5 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « de l'Office de l'emploi » sont abrogés;

3° l'alinéa 2 est complété par un 8° rédigé comme suit :

« 8° des contrats de formation conclus par un opérateur de formation dans le cadre d'une mesure de qualification au sens de l'article 27. »

**Art. 6.** Dans la phrase introductive de l'article 6 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre ».

**Art. 7.** À l'article 7 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« L'évaluation des conditions mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2° et 3°, est réalisée par le service de placement. À cet effet, le service de placement tient compte de la capacité, du passé professionnel et de la situation personnelle du demandeur. Celui-ci peut être soumis à un examen médical et psychologique ainsi qu'à des tests d'aptitude professionnelle. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre », et les mots « les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complet indemnisés » sont remplacés par les mots « les demandeurs d'emploi »;

4° dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;

5° dans le § 3, alinéa 2, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre ».

**Art. 8.** À l'article 8 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « entre le ministre, le participant et, le cas échéant, l'opérateur de formation, » sont insérés entre les mots « par écrit » et les mots « avant le début »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre ».

**Art. 9.** L'article 9 du même arrêté est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Si la formation professionnelle comporte une partie pratique en entreprise, les données suivantes sont consignées :

1° l'identité du participant;

2° la date de début et de fin de la partie pratique en entreprise;

3° les nom, adresse, forme juridique et correspondant de l'entreprise;

4° des informations détaillées concernant le nombre de jours de travail et d'heures de travail par semaine;

5° une description de la fonction qu'exercera le participant, en indiquant s'il s'agit d'une activité d'ouvrier ou d'employé.

L'Office de l'emploi signale à l'entreprise qu'elle doit satisfaire aux obligations qui découlent de la fonction mentionnée à l'alinéa 2, 5°, en application du Code du bien-être au travail en ce qui concerne la surveillance de la santé du stagiaire. L'Office de l'emploi peut demander à l'entreprise des informations en ce qui concerne le respect de ces obligations. »

**Art. 10.** À l'article 10 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « par le ministre » sont insérés entre les mots « être prolongée » et les mots « de douze mois supplémentaires »;

2° dans l'alinéa 2, 2°, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le service de placement »;

3° dans l'alinéa 2, 3°, les mots « de l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « du service de placement »;

4° dans l'alinéa 3, les mots « 14 crédits ECTS » sont remplacés par les mots « 20 crédits ECTS », et les mots « 27 crédits ECTS » sont remplacés par les mots « 40 crédits ECTS »;

5° l'article est complété par un alinéa 4 rédigé comme suit :

« Le ministre peut, au terme d'une période de douze mois, prolonger le contrat de formation professionnelle de douze mois supplémentaires en raison de la capacité, du passé professionnel et de la situation personnelle du demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, du chômeur complet indemnisé, même s'il ne réussit pas avec fruit l'année de formation professionnelle conformément à l'alinéa 2, 4°. »;

6° l'article est complété par un alinéa 5 rédigé comme suit :

« Le demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, le chômeur complet indemnisé transmet à l'Office de l'emploi les documents mentionnés à l'article 4, alinéa 5, dans un délai d'un mois suivant le début de la prolongation du contrat de formation professionnelle mentionnée à l'alinéa 2. »

**Art. 11.** À l'article 11 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, la première phrase est complétée par les mots suivants : « et, dans la mesure où ils ne sont pas accompagnés par l'Office de l'emploi, au service de placement qui les accompagne »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre », et l'alinéa 2 est complété par la phrase suivante :

« Si le demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, le chômeur complet indemnisé est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, ce dernier informe ledit service de placement de la fin anticipée de la formation professionnelle. »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « de fausses déclarations ou » sont insérés entre les mots « en raison » et les mots « du manquement ».

**Art. 12.** À l'article 12 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Si le participant n'est pas en mesure de suivre la formation pour cause de maladie, d'accident ou de force majeure, il en informe l'opérateur de formation et l'Office de l'emploi le plus rapidement possible. En cas de maladie ou d'accident, il justifie son incapacité au moyen d'un certificat médical qu'il transmet à l'Office de l'emploi. Lorsque l'interruption de la formation professionnelle dépasse une durée de deux semaines, le contrat est suspendu. »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;

3° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Une résiliation anticipée du contrat de formation professionnelle par le ministre ne peut dans ce cas avoir lieu que si ce dernier a proposé au préalable un entretien-conseil au participant. Cet entretien a pour but de discuter de la possibilité de poursuivre la formation professionnelle et, le cas échéant, de présenter les solutions alternatives envisageables. Si le participant est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, ce service de placement est invité à l'entretien-conseil. En cas de résiliation anticipée du contrat de formation professionnelle, l'Office de l'emploi en informe ledit service de placement. »

**Art. 13.** À l'article 13 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;

2° le 2° est abrogé;

3° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si le demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, le chômeur complet indemnisé est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, ce dernier informe ledit service de placement de la fin anticipée de la formation professionnelle. »

**Art. 14.** À l'article 14 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Une résiliation anticipée du contrat de formation professionnelle par le ministre ne peut dans ce cas avoir lieu que si ce dernier a proposé au préalable un entretien-conseil au participant. Cet entretien a pour but de discuter de la possibilité de poursuivre la formation professionnelle et, le cas échéant, de présenter les solutions alternatives envisageables. Si le participant est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, ce service de placement est invité à l'entretien-conseil. En cas de résiliation anticipée du contrat de formation professionnelle, l'Office de l'emploi en informe ledit service de placement. »

**Art. 15.** À l'article 15 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre », et les mots « 150 euros » sont remplacés par les mots « 300 euros »;

2° dans le § 4, les alinéas 1<sup>er</sup> à 3 sont abrogés;

3° dans le § 4, alinéa 4, les mots « mesure préparatoire ou d'intégration » sont remplacés par les mots « formation professionnelle ».

**Art. 16.** À l'article 16 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1<sup>er</sup> à 4 deviennent le § 1<sup>er</sup>, alinéas 1<sup>er</sup> à 4;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;

3° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre »;

4° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Sans préjudice du § 1<sup>er</sup>, le ministre octroie au demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, au chômeur complet indemnisé qui ne fait pas partie des bénéficiaires définis dans la section 2 l'indemnité de déplacement mentionnée au § 1<sup>er</sup>, pour autant que :

1° les autres conditions mentionnées au § 1<sup>er</sup> soient remplies;

2° les conditions mentionnées à l'article 18, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° et 2°, soient remplies;

3° conformément à l'article 37, § 19, de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994, il ait droit, lui-même ou via un membre du même ménage, à une intervention majorée de l'assurance soins de santé.

Le demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, le chômeur complet indemnisé transmet à l'Office de l'emploi la pièce justificative correspondante concernant le droit à une intervention majorée de l'assurance soins de santé, et ce, avant le début de la formation professionnelle. Si la pièce justificative est disponible avant le début de la formation professionnelle et que le demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, le chômeur complet indemnisé ne la transmet qu'après le début de la formation professionnelle, il ne peut recevoir l'indemnité de déplacement qu'à partir du premier jour du mois suivant celui au cours duquel la pièce justificative a été transmise.

Si la pièce justificative n'est pas encore disponible au début de la formation professionnelle et qu'elle fait l'objet d'une demande introduite par le demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, le chômeur complet indemnisé ou bien par un membre du même ménage dans les vingt jours ouvrables à compter du début de la formation professionnelle, le ministre octroie l'indemnité de déplacement rétroactivement à partir du début de la formation professionnelle après réception de la pièce justificative. Si la pièce justificative n'est pas demandée dans les vingt jours ouvrables à compter du début de la formation professionnelle, le demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, le chômeur complet indemnisé ne peut recevoir l'indemnité de déplacement qu'à partir du premier jour du mois suivant celui au cours duquel la pièce justificative a été transmise. »;

5° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - L'Office de l'emploi met à la disposition du participant auquel le ministre a octroyé une indemnité de déplacement conformément à l'article 6, 1<sup>o</sup>, un formulaire comportant les éléments suivants :

- 1° l'identité du participant;
- 2° le lieu de résidence du participant;
- 3° l'adresse du lieu où se déroule la formation professionnelle;
- 4° le nombre de trajets conformément au § 1<sup>er</sup> au cours du mois concerné.

Le participant effectue dans le cadre du formulaire une déclaration sur l'honneur quant à l'exactitude des données fournies.

Le participant transmet ce formulaire chaque mois à l'Office de l'emploi. La transmission du formulaire est effectuée avant le cinquième jour du mois suivant celui auquel les trajets se rapportent.

Si le participant ne transmet pas à l'Office de l'emploi un formulaire au plus tard le dernier jour du troisième mois suivant le mois auquel les trajets se rapportent, les trajets indiqués sur ce formulaire ne peuvent être pris en compte pour l'indemnité de déplacement mentionnée au § 1<sup>er</sup>. »

**Art. 17.** L'article 17 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 17 - Période d'octroi

La prime est octroyée pour la durée du contrat de formation professionnelle mentionnée à l'article 10, alinéa 1<sup>er</sup>, à l'exception :

- 1° des périodes de vacances qui dépassent deux semaines;
- 2° des périodes pendant lesquelles le contrat est suspendu conformément à l'article 12;
- 3° des périodes pendant lesquelles le participant est absent sans justification.

Dans le cas d'une absence non justifiée, l'opérateur de formation informe immédiatement l'Office de l'emploi.

Sont notamment considérés comme des absences justifiées du participant les situations et événements suivants :

- 1° des événements familiaux;
- 2° l'accomplissement d'obligations civiques ou de missions civiles;
- 3° la comparution en justice;
- 4° le congé pour motifs impérieux;
- 5° les interruptions de travail prévues par la loi en ce qui concerne la protection de la maternité;
- 6° la réponse à une offre d'emploi par le participant.

Les absences mentionnées à l'alinéa 3 sont justifiées par le participant et communiquées au plus vite à l'opérateur de formation.

Sans préjudice de l'article 16, l'indemnité de déplacement est octroyée pour la durée du contrat de formation professionnelle mentionnée à l'article 10, alinéa 1<sup>er</sup>.

L'octroi prévu aux alinéas 1<sup>er</sup> et 5 peut être prolongé dans le respect des conditions prévues à l'article 10, alinéa 2. »

**Art. 18.** Dans l'article 18, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications sont apportées.

- 1° dans la phrase introductive, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre »;
- 2° le 1<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 1<sup>o</sup> et pendant la formation professionnelle ne perçoivent pas déjà, pour la même formation professionnelle, une indemnité pour formation, des revenus professionnels, une bourse d'études ou un prêt sans intérêts conformément au décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie; ».

**Art. 19.** À l'article 19 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans la phrase introductive, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre »;
- 2° le 2<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 2<sup>o</sup> et pendant la formation professionnelle ne perçoivent pas déjà, pour la même formation professionnelle, une indemnité pour formation, des revenus professionnels, une bourse d'études ou un prêt sans intérêts conformément au décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie; ».

**Art. 20.** Dans l'article 20, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans la phrase introductive, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre »;
- 2° le 2<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 2<sup>o</sup> ne perçoivent pas déjà, pour la même mesure préparatoire ou d'intégration, une indemnité pour formation, des revenus professionnels, une bourse d'études ou un prêt sans intérêts conformément au décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie. »

**Art. 21.** Dans l'article 20.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre », et les mots « ou agréée par lui » sont remplacés par les mots « par l'Office de l'emploi ou agréée ».

**Art. 22.** À l'article 21 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre », et les mots « il a conclu » sont remplacés par les mots « il conclut »;

2° les alinéas 2 et 3 sont abrogés;

3° dans la phrase introductive de l'alinéa 4, qui devient l'alinéa 2, les mots « aux alinéas 1<sup>er</sup> à 3 » sont remplacés par les mots « à l'alinéa 1<sup>er</sup> », et les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;

4° dans l'alinéa 4, qui devient l'alinéa 2, les mots « article 33 » sont remplacés par les mots « article 33, § 2 »;

5° l'alinéa 4, qui devient l'alinéa 2, est complété par un 8° rédigé comme suit :

« 8° mesures de qualification au sens de l'article 27 pour lesquelles le contrat de formation est assimilé au contrat de formation professionnelle de l'Office de l'emploi en application de l'article 5, alinéa 2. »;

6° dans l'alinéa 5, qui devient l'alinéa 3, les mots « des alinéas 1<sup>er</sup> à 4 » sont remplacés par les mots « des alinéas 1<sup>er</sup> et 2 », et les mots « l'Office de l'emploi conclut » sont remplacés par les mots « le ministre conclut ».

**Art. 23.** Dans l'article 22, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre ».

**Art. 24.** À l'article 23 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, b), les mots « 27 crédits ECTS » sont remplacés par les mots « 40 crédits ECTS », et les mots « 14 crédits ECTS » sont remplacés par les mots « 20 crédits ECTS »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, les mots « , à l'exception des études de plein exercice conformément à l'article 28, » sont insérés entre les mots « la formation professionnelle » et les mots « a lieu »;

3° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;

4° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;

5° le § 1<sup>er</sup> est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si, au début de la formation professionnelle, le demandeur d'emploi inoccupé ne remplit pas encore les conditions pour bénéficier de prestations de chômage au sens de l'article 27, 4°, de l'arrêté du 25 novembre 1991, le ministre peut dispenser le demandeur d'emploi inoccupé à partir du moment où il remplit ces conditions, pour autant qu'il remplisse les autres conditions du présent chapitre au début de la formation professionnelle. »

6° dans le § 2, les mots « de l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « du ministre ».

**Art. 25.** À l'article 24 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre ».

**Art. 26.** Dans l'article 26 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020, les mots « de l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « du ministre ».

**Art. 27.** Dans l'article 27 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020, les mots « ou agréée par l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « par l'Office de l'emploi ou agréée par le ministre ».

**Art. 28.** À l'article 28 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 2°, les mots « 27 crédits ECTS » sont remplacés par les mots « 40 crédits ECTS », et les mots « 14 crédits ECTS » sont remplacés par les mots « 20 crédits ECTS »;

2° dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° le chômeur complet indemnisé a été inscrit comme demandeur d'emploi inoccupé auprès de l'Office de l'emploi ou d'un service de placement d'une autre entité fédérée pendant au moins trois mois, c'est-à-dire au moins septante-huit jours, au cours des deux années précédant le début de la dispense. »;

3° dans le § 3, alinéa 2, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre »;

4° dans le § 3, alinéa 3, les mots « l'Office de l'emploi octroie » sont remplacés par les mots « le ministre octroie », et les mots « conclu avec l'Office » sont remplacés par les mots « conclu avec l'Office de l'emploi »;

5° dans le § 3, alinéa 4, les mots « Sur la proposition de l'Office de l'emploi, le ministre » sont remplacés par les mots « Le ministre », et les mots « au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, a) et c), » sont abrogés.

**Art. 29.** Dans l'article 29, alinéa 3, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020, les mots « l'Office de l'emploi octroie » sont remplacés par les mots « le ministre octroie », et les mots « conclu avec l'Office » sont remplacés par les mots « conclu avec l'Office de l'emploi ».

**Art. 30.** Dans l'article 30 du même arrêté, le 3° est abrogé.

**Art. 31.** Dans l'article 32 du même arrêté, l'alinéa 2 est abrogé.

**Art. 32.** L'article 33 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du 27 août 2020, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 33 - *Stage en immersion professionnelle*

§ 1<sup>er</sup> - Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en un stage au sens du chapitre 5 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 2 - Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en un stage en immersion professionnelle à l'étranger.

Par « stage » au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, il faut entendre toute activité limitée dans le temps au cours de laquelle l'employeur transmet au stagiaire, sur le lieu de travail, des connaissances professionnelles pertinentes, dans une approche pratique.



La dispense est octroyée si :

- 1° les conditions fixées à l'article 7 sont remplies;
- 2° la durée du stage n'excède pas trois mois par année calendrier;
- 3° un contrat de stage a été conclu;
- 4° un programme de formation existe;
- 5° le stage est encadré par un accompagnateur de stage;
- 6° l'indemnité mensuelle pour formation n'excède pas 1 350 euros;
- 7° l'employeur assure le stagiaire contre les accidents survenant pendant le stage et sur le chemin du stage.

Le ministre peut modifier le montant mentionné à l'alinéa 3, 6°.

**Art. 33.** Dans la phrase introductive de l'article 36 du même arrêté, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre ».

**Art. 34.** À l'article 37 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;
- 2° dans l'alinéa 4, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;
- 3° dans l'alinéa 5, les mots « , sur proposition de l'Office de l'emploi, » sont abrogés.

**Art. 35.** Dans l'article 39, alinéa 2, du même arrêté, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre ».

**Art. 36.** Dans la phrase introductive de l'article 42 du même arrêté, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre ».

**Art. 37.** À l'article 44 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;
- 2° dans l'alinéa 4, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;
- 3° dans l'alinéa 5, les mots « , sur proposition de l'Office de l'emploi, » sont abrogés.

**Art. 38.** À l'article 50 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1<sup>er</sup>, les mots « l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « le ministre »;
- 2° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « L'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « Le ministre »;
- 3° dans le § 2, l'alinéa 2 est abrogé;
- 4° dans le § 3, les mots « sa décision prise » sont remplacés par les mots « la décision prise par le ministre »;
- 5° le § 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si le demandeur d'emploi inoccupé ou, selon le cas, le chômeur complet indemnisé est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, ce dernier informe ledit service de placement de la fin anticipée de la formation professionnelle. »;

6° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Pour les demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage, l'Office de l'emploi tient compte des situations mentionnées aux § 1<sup>er</sup> et 2 pour l'application du contrôle des efforts de recherche établi dans le chapitre 6 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins. »

**Art. 39.** Dans le chapitre 7 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, il est inséré un article 57.2 rédigé comme suit :

« Art. 57.2 - *Disposition transitoire*

Toutes les admissions à une formation professionnelle, les primes, les indemnités de déplacement et les dispenses qui ont été octroyées jusqu'au 31 décembre 2023 aux demandeurs d'emploi inoccupés et chômeurs complets indemnisés qui ne sont pas accompagnés dans le cadre du placement axé sur les besoins conformément à l'article 10 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins restent valables jusqu'à la fin de la formation professionnelle concernée. »

**Art. 40.** Dans le chapitre 7 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, il est inséré un article 57.3 rédigé comme suit :

« Art. 57.3 - *Disposition transitoire*

Toutes les dispenses octroyées jusqu'au 31 décembre 2023 aux chômeurs complets indemnisés pour suivre un stage d'orientation au sens de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation restent valables jusqu'à la fin du stage d'orientation concerné. »

**Art. 41.** Le présent arrêté entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2024, à l'exception

- 1° de l'article 1<sup>er</sup>, 3°, qui produit ses effets le 31 décembre 2018;
- 2° de l'article 10, 5°, et des articles 18 à 20, qui produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> septembre 2023.

**Art. 42.** Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 21 décembre 2023.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,  
O. PAASCH  
La Ministre de la Culture et des Sports,  
de l'Emploi et des Médias,  
I. WEYKMANS

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/203481]

**21 DECEMBER 2023. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, artikel 2, § 1, 2° en 6°, gewijzigd bij het decreet van 25 april 2016, artikel 2, § 2, eerste lid, en artikel 2, § 5, gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2007;

Gelet op het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, artikel 15, § 2, tweede lid;

Gelet op het decreet van 13 november 2023 houdende maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling;

Gelet op het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden;

Gelet op het verzoek om gelijkkluidend advies van de federale Ministerraad van 19 oktober 2023;

Overwegende dat het advies niet is meegedeeld;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 19 oktober 2023;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 18 oktober 2023;

Gelet op de adviesaanvraag aan de Raad van State binnen een termijn van dertig dagen, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende dat de adviesaanvraag is ingeschreven op 30 oktober 2023 op de rol van de afdeling Wetgeving van de Raad van State onder het nummer 74.805/4;

Gelet op de beslissing van de afdeling Wetgeving van 30 oktober 2023 om binnen de gevraagde termijn geen advies te verlenen, met toepassing van artikel 84, § 5, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende het decreet van 13 november 2023 tot oprichting van een dienst met afzonderlijk beheer genaamd Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap en tot ontbinding van de overeenkomstige instelling van openbaar nut;

Overwegende het advies van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 26 september 2023;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** In artikel 1 van het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 4° wordt vervangen als volgt:

"4° werkzoekende: de werkzoekende overeenkomstig artikel 3, 5°, van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling;"

2° de bepaling onder 6° wordt opgeheven;

3° de bepaling onder 10° wordt vervangen als volgt:

"10° uitkeringsgerechtigde volledig werkloze: de volgende personen die voldoen aan de voorwaarden om een uitkering in de zin van artikel 27, 4°, van het besluit van 25 november 1991 te ontvangen:

a) de persoon die niet werkt;

b) de onvrijwillig deeltijdse werknemer in de zin van artikel 29 van het besluit van 25 november 1991;"

4° de bepaling onder 16° wordt vervangen als volgt:

"16° niet-werkende werkzoekende: gebruiker van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling overeenkomstig artikel 10 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling;"

5° de bepaling onder 18° wordt vervangen als volgt:

"18° aanvragers en ontvangers van een werkloosheidsuitkering: aanvragers en ontvangers van een werkloosheidsuitkering overeenkomstig artikel 3, 1°, van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling;"

6° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 20°, luidende:

"20° bemiddelingsdienst: de volgende overheidsinstanties:

a) de bemiddelingsdiensten die erkend zijn overeenkomstig artikel 22 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling;

b) de Dienst voor arbeidsbemiddeling;

c) de Dienst voor zelfbeschikkend leven."

**Art. 2.** In artikel 2, derde lid, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 27 augustus 2020, worden de woorden "individuele beroepsopleiding in een door de Dienst voor arbeidsbemiddeling erkende onderwijsinstelling" vervangen door de woorden "een door de Minister erkende individuele beroepsopleiding in een onderwijsinstelling".

**Art. 3.** In artikel 3, § 1, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van het tweede lid worden de woorden "De Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woorden "De Minister";

2° in het derde lid worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

3° in het vierde lid worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister".

**Art. 4.** In artikel 4 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, eerste lid, wordt vervangen als volgt:

“Niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledig werklozen die begeleid worden in het kader van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling overeenkomstig artikel 10 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, kunnen door de Minister toegelaten worden tot een beroepsopleiding die overeenkomstig artikel 3 door de Minister erkend is of die door de Dienst voor arbeidsbemiddeling georganiseerd wordt.”

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden “De Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door de woorden “De bemiddelingsdienst” en wordt het woord “erkende” vervangen door de woorden “door de Minister erkende”;

3° in § 1, derde lid, worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” telkens vervangen door de woorden “bemiddelingsdienst”;

4° § 1, derde lid, 1°, wordt opgeheven;

5° paragraaf 1 wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

“Als de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze begeleid wordt door een andere bemiddelingsdienst dan de Dienst voor arbeidsbemiddeling, bezorgt de betrokken bemiddelingsdienst de aanvraag vermeld in het derde lid aan de Dienst voor arbeidsbemiddeling.”

6° paragraaf 1 wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende:

“De niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze bezorgt binnen een maand na het begin van de beroepsopleiding de volgende documenten aan de Dienst voor arbeidsbemiddeling, voor zover deze informatie niet blijkt uit de aanvraag vermeld in het derde lid:

1° het uurrooster van de beroepsopleiding;

2° een overzicht van de vakantieperiodes die gepland zijn tijdens de duur van de beroepsopleidingsovereenkomst vermeld in artikel 10, eerste lid.”;

7° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4, luidende:

“ § 4 - De toelating tot een stage overeenkomstig artikel 35 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling wordt voor de toepassing van dit besluit gelijkgesteld met een toelating tot de beroepsopleiding.”

**Art. 5.** In artikel 5 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “Minister”;

2° in het tweede lid worden de woorden “van de Dienst voor arbeidsbemiddeling” opgeheven;

3° het tweede lid wordt aangevuld met een bepaling onder 8°, luidende:

“8° opleidingsovereenkomsten die door een opleidingsoperator gesloten worden in het kader van een kwalificatiemaatregel in de zin van artikel 27.”

**Art. 6.** In de inleidende zin van artikel 6 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 27 augustus 2020, worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” telkens vervangen door het woord “Minister”.

**Art. 7.** In artikel 7 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van § 1, eerste lid, worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “Minister”;

2° § 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

“De bemiddelingsdienst beoordeelt of voldaan is aan de voorwaarden vermeld in het eerste lid, 2° en 3°. Daarbij houdt de bemiddelingsdienst rekening met de bekwaamheid, het beroepsverleden en de persoonlijke situatie van de aanvrager. De aanvrager kan onderworpen worden aan een medische test, een psychologische test en een test inzake beroepsgeschiktheid.”;

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden “niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde werklozen” vervangen door het woord “werkzoekenden” en worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “Minister”;

4° in § 3, eerste lid, worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “Minister”;

5° in § 3, tweede lid, worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “Minister”.

**Art. 8.** In artikel 8 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden “gesloten wordt” vervangen door de woorden “gesloten wordt tussen de Minister, de cursist en eventueel de opleidingsoperator”;

2° in het tweede lid worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “Minister”.

**Art. 9.** Artikel 9 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

“Als de beroepsopleiding een praktijkgedeelte in een onderneming omvat, worden de volgende gegevens vastgelegd:

1° identiteit van de cursist;

2° begin- en einddatum van het praktijkgedeelte in een onderneming;

3° naam, adres, rechtsvorm en contactpersoon van de onderneming;

4° precieze gegevens betreffende het aantal werkdagen en -uren per week;

5° een beschrijving van de functie die de cursist zal uitoefenen, en de vermelding of het gaat om een activiteit als arbeider of als bediende.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling wijst de onderneming erop dat ze de verplichtingen betreffende het gezondheidstoezicht op de stagiair die volgen uit de functie vermeld in het tweede lid, 5°, met toepassing van de codex over het welzijn op het werk, moet nakomen. De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan bij de onderneming informatie betreffende de vervulling van deze verplichtingen opvragen.”

**Art. 10.** In artikel 10 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden “kan na twaalf maanden” vervangen door de woorden “kan door de Minister na twaalf maanden”;

2° in het tweede lid, 2°, worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “bemiddelingsdienst”;

3° in het tweede lid, 3°, worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “bemiddelingsdienst”;

4° in het derde lid worden de woorden “14 ECTS resp. 27 ECTS” vervangen door de woorden “20 ECTS-punten resp. 40 ECTS-punten”;

5° het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

“Ook als de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze niet slaagt voor het beroepsopleidingsjaar overeenkomstig het tweede lid, 4°, kan de Minister op basis van diens bekwaamheid, beroepsverleden en persoonlijke situatie de beroepsopleidingsovereenkomst na afloop van een periode van twaalf maanden verlengen met een nieuwe periode van twaalf maanden.”;

6° het artikel wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende:

“Binnen een maand na het begin van de verlenging van de beroepsopleidingsovereenkomst vermeld in het tweede lid, bezorgt de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze de documenten vermeld in artikel 4, vijfde lid, aan de Dienst voor arbeidsbemiddeling.”

**Art. 11.** In artikel 11 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt de eerste zin aangevuld met de woorden “en, voor zover ze niet door de Dienst voor arbeidsbemiddeling begeleid worden, aan de bemiddelingsdienst die hen begeleidt”;

2° in het tweede lid worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “Minister” en voorts wordt het lid aangevuld met de volgende zin:

“Als de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze door een andere bemiddelingsdienst dan de Dienst voor arbeidsbemiddeling begeleid wordt, licht de Dienst voor arbeidsbemiddeling de betrokken bemiddelingsdienst in over de voortijdige beëindiging van de beroepsopleiding.”;

3° in het derde lid worden de woorden “op basis van het verzuim” vervangen door de woorden “op grond van onjuiste gegevens of op grond van het verzuim”.

**Art. 12.** In artikel 12 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt:

“Als de cursist wegens ziekte, een ongeval of overmacht niet aan de opleiding kan deelnemen, deelt hij dat zo snel mogelijk mee aan de opleidingsoperator en de Dienst voor arbeidsbemiddeling. In geval van ziekte of een ongeval wettigt de cursist zijn afwezigheid door een medisch attest in te dienen bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling. Als de onderbreking van de beroepsopleiding langer dan twee weken duurt, wordt de overeenkomst geschorst.”;

2° in het derde lid worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “Minister”;

3° het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

“De Minister kan de beroepsopleidingsovereenkomst in dat geval slechts voortijdig beëindigen nadat hij de cursist een adviesgesprek aangeboden heeft. Dat gesprek heeft tot doel de mogelijke voortzetting van de beroepsopleiding te bespreken en eventueel mogelijke alternatieven voor te stellen. Indien de cursist begeleid wordt door een andere bemiddelingsdienst dan de Dienst voor arbeidsbemiddeling, wordt de betrokken bemiddelingsdienst uitgenodigd tot het adviesgesprek. Als de beroepsopleidingsovereenkomst voortijdig beëindigd wordt, licht de Dienst voor arbeidsbemiddeling de betrokken bemiddelingsdienst in.”

**Art. 13.** In artikel 13 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” vervangen door het woord “Minister”;

2° de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

3° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“Als de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze door een andere bemiddelingsdienst dan de Dienst voor arbeidsbemiddeling begeleid wordt, licht de Dienst voor arbeidsbemiddeling de betrokken bemiddelingsdienst in over de voortijdige beëindiging van de beroepsopleiding.”

**Art. 14.** In artikel 14 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de woorden “Dienst voor arbeidsbemiddeling” worden vervangen door het woord “Minister”;

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“De Minister kan de beroepsopleidingsovereenkomst in dat geval slechts voortijdig beëindigen nadat hij de cursist een adviesgesprek aangeboden heeft. Dat gesprek heeft tot doel de mogelijke voortzetting van de beroepsopleiding te bespreken en eventueel mogelijke alternatieven voor te stellen. Indien de cursist begeleid wordt door een andere bemiddelingsdienst dan de Dienst voor arbeidsbemiddeling, wordt de betrokken bemiddelingsdienst uitgenodigd tot het adviesgesprek. Als de beroepsopleidingsovereenkomst voortijdig beëindigd wordt, licht de Dienst voor arbeidsbemiddeling de betrokken bemiddelingsdienst in.”



**Art. 15.** In artikel 15 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister" en worden de woorden "150 euro" vervangen door de woorden "300 euro";

2° in paragraaf 4 worden het eerste tot derde lid opgeheven;

3° in § 4, vierde lid, worden de woorden "voorbereidende maatregel of integratiemaatregel" vervangen door het woord "opleidingsovereenkomst".

**Art. 16.** In artikel 16 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste tot vierde lid worden § 1, eerste tot vierde lid;

2° in § 1, eerste lid, worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

3° in § 1, derde lid, worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

4° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

" § 2 - Met behoud van de toepassing van paragraaf 1 kent de Minister de reiskostenvergoeding vermeld in paragraaf 1 toe aan de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze die niet behoort tot de gerechtigden bepaald in afdeling 2, voor zover:

1° de overige voorwaarden vermeld in paragraaf 1 vervuld zijn;

2° de voorwaarden vermeld in artikel 18, eerste lid, 1° en 2°, vervuld zijn;

3° hij overeenkomstig artikel 37, § 19, van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen gecoördineerd op 14 juli 1994, hetzij zelf hetzij via een gezinslid recht heeft op een verhoogde verzekeringstegemoetkoming.

De niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze dient voordat de beroepsopleiding begint, het bewijs betreffende het recht op een verhoogde verzekeringstegemoetkoming in bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling. Indien het bewijs beschikbaar was voor het begin van de beroepsopleiding, maar pas na het begin ervan door de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze wordt ingediend, kan hij de reiskostenvergoeding pas ontvangen vanaf de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin het bewijs werd ingediend.

Indien het bewijs nog niet beschikbaar was bij het begin van de beroepsopleiding en binnen 20 werkdagen na het begin van de beroepsopleiding wordt aangevraagd door de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze of door een lid van diens gezin, kent de Minister de reiskostenvergoeding na ontvangst van het bewijs toe met terugwerkende kracht tot het begin van de beroepsopleiding. Indien het bewijs niet binnen 20 werkdagen na het begin van de beroepsopleiding wordt aangevraagd, kan de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze de reiskostenvergoeding pas ontvangen vanaf de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin het bewijs werd ingediend."

5° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

" § 3 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling stelt de cursist aan wie de Minister overeenkomstig artikel 6, 1°, een reiskostenvergoeding heeft toegekend, een formulier ter beschikking dat de volgende elementen bevat:

1° de identiteit van de cursist;

2° de woonplaats van de cursist;

3° het adres van de plaats waar de beroepsopleiding plaatsvindt;

4° het aantal ritten overeenkomstig paragraaf 1 in de betreffende maand.

Op het formulier legt de cursist een verklaring op erewoord af betreffende de juistheid van de gegevens.

De cursist dient dit formulier maandelijks in bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling. Het formulier wordt ingediend vóór de vijfde dag van de maand die volgt op de maand waarin de ritten hebben plaatsgevonden.

Als de cursist het formulier niet uiterlijk op de laatste dag van de derde maand die volgt op de maand waarin de ritten hebben plaatsgevonden indient bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling, kunnen de op het formulier vermelde ritten niet in aanmerking genomen worden voor de reiskostenvergoeding vermeld in paragraaf 1."

**Art. 17.** Artikel 17 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

*"Art. 17 - Toekenningsperiode*

De premie wordt toegekend voor de duur van de beroepsopleidingsovereenkomst vermeld in artikel 10, eerste lid, met uitzondering van:

1° de vakantieperiodes die langer dan twee weken duren;

2° de periodes waarin de overeenkomst is geschorst overeenkomstig artikel 12;

3° de periodes waarin de cursist ongewettigd afwezig is.

In geval van ongewettigde afwezigheid licht de opleidingsoperator onmiddellijk de Dienst voor arbeidsbemiddeling in.

Als gewettigde afwezigheden van de cursist gelden in het bijzonder de volgende situaties en gebeurtenissen:

1° familiegebeurtenissen;

2° de vervulling van staatsburgerlijke verplichtingen of burgerlijke opdrachten;

3° verschijning voor het gerecht;

4° verlof om dwingende redenen;

5° de werkonderbrekingen waarin de wet voorziet in het kader van de moederschapsbescherming;

6° het ingaan op een werkaanbieding door de cursist.

De cursist deelt de afwezigheden vermeld in het derde lid zo snel mogelijk mee aan de opleidingsoperator met opgave van de reden.

Met behoud van de toepassing van artikel 16 wordt de reiskostenvergoeding toegekend voor de duur van de beroepsopleidingsovereenkomst vermeld in artikel 10, eerste lid.

De toekenning bepaald in het eerste en het vijfde lid kan verlengd worden onder de voorwaarden bepaald in artikel 10, tweede lid."

**Art. 18.** In artikel 18, eerste lid, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

2° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt:

"1° en tijdens de beroepsopleiding nog geen opleidingsuitkering voor dezelfde beroepsopleiding, beroepsinkomen, studiebeurs of renteloze lening overeenkomstig het decreet van 26 juni 2023 tot oprichting van een fonds voor renteloze leningen aan op te leiden personen, studenten en leerlingen in knelpuntberoepen ontvangen;".

**Art. 19.** In artikel 19 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

2° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:

"2° en tijdens de beroepsopleiding nog geen opleidingsuitkering voor dezelfde beroepsopleiding, beroepsinkomen, studiebeurs of renteloze lening overeenkomstig het decreet van 26 juni 2023 tot oprichting van een fonds voor renteloze leningen aan op te leiden personen, studenten en leerlingen in knelpuntberoepen ontvangen;".

**Art. 20.** In artikel 20, eerste lid, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

2° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:

"2° nog geen opleidingsuitkering voor dezelfde voorbereidende maatregel of integratiemaatregel, beroepsinkomen, studiebeurs of renteloze lening overeenkomstig het decreet van 26 juni 2023 tot oprichting van een fonds voor renteloze leningen aan op te leiden personen, studenten en leerlingen in knelpuntberoepen ontvangen."

**Art. 21.** In artikel 20.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 27 augustus 2020, worden de woorden "kent de Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door de woorden "kent de Minister".

**Art. 22.** In artikel 21 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister" en wordt het woord "ze" vervangen door het woord "hij";

2° het tweede en het derde lid worden opgeheven;

3° in de inleidende zin van het vierde lid, dat het tweede lid wordt, worden de woorden "tot het derde" opgeheven en worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

4° in het vierde lid, dat het tweede lid wordt, worden de woorden "artikel 33" vervangen door de woorden "artikel 33, § 2";

5° het vierde lid, dat het tweede lid wordt, wordt aangevuld met een bepaling onder 8°, luidende:

"8° kwalificatiemaatregelen in de zin van artikel 27, waarvoor de opleidingsovereenkomst met toepassing van artikel 5, tweede lid, wordt gelijkgesteld met de beroepsopleidingsovereenkomst van de Dienst voor arbeidsbemiddeling;";

6° in het vijfde lid, dat het derde lid wordt, wordt het woord "derde" vervangen door het woord "tweede" en worden de woorden "sluit de Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door de woorden "sluit de Minister".

**Art. 23.** In artikel 22, eerste lid, van hetzelfde besluit worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister".

**Art. 24.** In artikel 23 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, 1°, b), worden de woorden "27 ECTS-punten" vervangen door de woorden "40 ECTS-punten" en worden de woorden "14 ECTS-punten" vervangen door de woorden "20 ECTS-punten";

2° in § 1, eerste lid, 2°, wordt het woord "beroepsopleiding" vervangen door de woorden "beroepsopleiding, met uitzondering van studies met volledig leerplan overeenkomstig artikel 28;";

3° in § 1, tweede lid, worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

4° in § 1, derde lid, worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

5° paragraaf 1 wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"Als de niet-werkende werkzoekende bij het begin van de beroepsopleiding nog niet voldoet aan de voorwaarden om een werkloosheidsuitkering in de zin van artikel 27, 4°, van het besluit van 25 november 1991 te ontvangen, kan de Minister een vrijstelling toekennen aan de niet-werkende werkzoekende vanaf het moment waarop hij aan de voorwaarden voldoet, voor zover hij bij het begin van de beroepsopleiding aan de overige voorwaarden van dit hoofdstuk voldoet;";

6° in paragraaf 2 worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister".

**Art. 25.** In artikel 24 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

2° in het tweede lid worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister".

**Art. 26.** In artikel 26 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 27 augustus 2020, worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister".

**Art. 27.** In artikel 27 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 27 augustus 2020, worden de woorden "of erkend" vervangen door de woorden "of door de Minister erkend".

**Art. 28.** In artikel 28 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van 27 augustus 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 2°, worden de woorden "27 ECTS-punten" vervangen door de woorden "40 ECTS-punten" en worden de woorden "14 ECTS-punten" vervangen door de woorden "20 ECTS-punten";

2° in § 3, eerste lid, wordt de bepaling onder 5° vervangen als volgt:

"5° de uitkeringsgerechtigde volledig werkloze gedurende de twee jaar die aan het begin van de vrijstelling voorafgaan, minstens drie maanden, dat wil zeggen minstens 78 dagen, als niet-werkende werkzoekende ingeschreven was bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling of bij een bemiddelingsdienst van een andere deeltentiteit.;"

3° in § 3, tweede lid, worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

4° in § 3, derde lid, worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling ook" vervangen door de woorden "Minister ook";

5° in § 3, vierde lid, worden de woorden "Op voorstel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling maakt de Minister" vervangen door de woorden "De Minister maakt" en worden de woorden "in de zin van het eerste lid, 5°, a) en c)," opgeheven.

**Art. 29.** In artikel 29, derde lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 27 augustus 2020, worden de woorden "kent de Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door de woorden "kent de Minister".

**Art. 30.** In artikel 30 van hetzelfde besluit wordt de bepaling onder 3° opgeheven.

**Art. 31.** In artikel 32 van hetzelfde besluit wordt het tweede lid opgeheven.

**Art. 32.** Artikel 33 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van 27 augustus 2020, wordt vervangen als volgt:

*"Art. 33 - Bedrijfsstage*

§ 1 - Als het bij de beroepsopleiding gaat om een stage overeenkomstig hoofdstuk 5 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, kan de uitkeringsgerechtigde volledig werkloze vrijgesteld worden.

§ 2 - Als het bij de beroepsopleiding gaat om een bedrijfsstage in het buitenland, kan de uitkeringsgerechtigde volledig werkloze vrijgesteld worden.

Onder stage in de zin van het eerste lid wordt verstaan: elke in de tijd beperkte activiteit tijdens welke de werkgever de stagiair op de werkplek beroepsrelevante kennis bijbrengt via praktische toepassing.

De vrijstelling wordt toegekend als:

1° de voorwaarden bepaald in artikel 7 vervuld zijn;

2° de duur van de stage drie maanden per kalenderjaar niet overschrijdt;

3° er een stageovereenkomst gesloten werd;

4° er een opleidingsprogramma bestaat;

5° de stage begeleid wordt door een stagebegeleider;

6° de maandelijkse stagevergoeding niet meer dan 1.350 euro bedraagt;

7° de werkgever de stagiair tegen ongevallen tijdens de stage en op weg van en naar de stageplaats verzekert.

De Minister kan het bedrag vermeld in het derde lid, 6°, wijzigen."

**Art. 33.** In de inleidende zin van artikel 36 van hetzelfde besluit worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door de woorden "Minister".

**Art. 34.** In artikel 37 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

2° in het vierde lid worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" telkens vervangen door het woord "Minister";

3° in het vijfde lid worden de woorden "op voorstel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling" opgeheven.

**Art. 35.** In artikel 39, tweede lid, van hetzelfde besluit worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister".

**Art. 36.** In de inleidende zin van artikel 42 van hetzelfde besluit worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister".

**Art. 37.** In artikel 44 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

2° in het vierde lid worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" telkens vervangen door het woord "Minister";

3° in het vijfde lid worden de woorden "op voorstel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling" opgeheven.

**Art. 38.** In artikel 50 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" telkens vervangen door het woord "Minister";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling" vervangen door het woord "Minister";

3° in paragraaf 2 wordt het tweede lid opgeheven;

4° in paragraaf 3 worden de woorden "beslissing genomen" vervangen door de woorden "beslissing genomen door de Minister";

5° paragraaf 3 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Als de niet-werkende werkzoekende of uitkeringsgerechtigde volledig werkloze door een andere bemiddelingsdienst dan de Dienst voor arbeidsbemiddeling begeleid wordt, licht de Dienst voor arbeidsbemiddeling de betrokken bemiddelingsdienst in over de voortijdige beëindiging van de beroepsopleiding.";

6° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4, luidende:

"§ 4 - Voor aanvragers en ontvangers van een werkloosheidsuitkering houdt de Dienst voor arbeidsbemiddeling rekening met de situaties vermeld in de paragrafen 1 en 2 voor de toepassing van de controle van de zoekinspanningen vastgelegd in hoofdstuk 6 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling."

**Art. 39.** In hoofdstuk 7 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, wordt een artikel 57.2 ingevoegd, luidende:

*"Art. 57.2 - Overgangsbepaling*

Alle toelatingen tot beroepsopleidingen, premies, reiskostenvergoedingen en vrijstellingen die uiterlijk op 31 december 2023 werden toegekend aan niet-werkende werkzoekenden en uitkeringsgerechtigde volledig werklozen die niet begeleid worden in het kader van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling overeenkomstig artikel 10 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, blijven gelden tot het einde van de betreffende beroepsopleiding."

**Art. 40.** In hoofdstuk 7 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van 27 augustus 2020, wordt een artikel 57.3 ingevoegd, luidende:

*"Art. 57.3 - Overgangsbepaling*

Alle vrijstellingen die uiterlijk op 31 december 2023 werden toegekend aan uitkeringsgerechtigde volledig werklozen voor het volgen van een oriëntatiestage in zin van het besluit van de Regering van 18 januari 2002 betreffende de oriëntatiestage, blijven gelden tot het einde van de betreffende oriëntatiestage."

**Art. 41.** Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2024, met uitzondering van

1° artikel 1, 3°, dat uitwerking heeft met ingang van 31 december 2018;

2° artikel 10, 5°, en de artikelen 18 tot 20, die uitwerking hebben met ingang van 1 september 2023.

**Art. 42.** De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 21 december 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Sport,

Werkgelegenheid en Media,

I. WEYKMANS

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/203477]

### 21. DEZEMBER 2023 — Erlass der Regierung über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, Artikel 11 Absatz 2 Nummer 4;

Aufgrund des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung, Artikel 35 Absatz 4, Artikel 36 § 2 Absatz 1, Artikel 37 § 4, Artikel 42 Absatz 2, Artikel 43 Absatz 2, Artikel 45 § 1 Absatz 5;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 29. November 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen;

Aufgrund des Gutachtens des Rates für Familienleistungen vom 12. September 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt vom 19. September 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsrats der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 22. September 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 19. Oktober 2023;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 18. Oktober 2023;

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde Nr. 65/2023 vom 24. März 2023;

Aufgrund des in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 eingereichten Antrags auf Begutachtung beim Staatsrat innerhalb einer Frist von dreißig Tagen;

In Erwägung, dass der Antrag auf Begutachtung am 31. Oktober 2023 unter der Nummer 74.813/4 in die Liste der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates eingetragen wurde;

Aufgrund der Entscheidung der Gesetzgebungsabteilung vom 31. Oktober 2023, in Anwendung von Artikel 84 § 5 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 kein Gutachten abzugeben;